

Hier könnten 4.000 bis 8.000 neue Wohneinheiten entstehen.

Neuer Stadtteil Diskussion um SPD-Vorschlag

Die SPD schlägt vor, im Frankfurter Norden einen neuen Stadtteil ins Auge zu fassen. Die Idee hat zu lebhaften Debatten in der Stadt geführt. Offenbar haben Oberbürgermeister Feldmann und der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Oesterling damit den Nerv getroffen. Im Zuge einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme – wie auf dem Riedberg – könnten dort 4.000 bis 8.000 neue Wohneinheiten entstehen. Konkret geht es um eine Fläche zwischen Harheim, Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach.

Frankfurt/bep. Die zurzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen westlich von Nieder-Erlenbach zählen zu den wenigen überhaupt noch bebaubaren Flächen in Frankfurt. Das bereits in den 1980er Jahren unter dem Namen Pflingstberg untersuchte Areal sei zudem relativ leicht an die vorhandene Verkehrsinfrastruktur anzuschließen, ist SPD-Fraktionsvorsitzender Oesterling überzeugt. Einerseits könne ein Anschluss an die Autobahnen A 661

und A 5 erfolgen, andererseits könne durch einen Abzweig der U-Bahnlinie U2 nach Nieder-Erlenbach die Erschließung des Neubaugebiets an den öffentlichen Nahverkehr ermöglicht werden.

„Wir wollen dort keine monolithische Siedlung“, sagte Oesterling bei der Vorstellung der Überlegungen, „sondern eine vernünftige Mischung aus frei finanziertem und öffentlich gefördertem Wohnungsbau und aus

Ein- und Mehrfamilienhäusern.“ Das Schreckgespenst einer Retortenstadt sei daher auch eine Erfindung der Gegner des Projekts, um es schon im Vorhinein zu diskreditieren.

Der Frankfurter SPD-Vorsitzende Mike Josef begrüßte den Vorstoß für einen neuen Stadtteil im Frankfurter Norden: Aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahlen in Frankfurt und der Versäumnisse von Schwarz-Grün im Bereich der Stadtentwicklung sei dies

ein längst überfälliger Schritt. Zu lange sei die Ausweisung notwendiger Wohngebiete verschlafen worden. „Das von Schwarz-Grün verfolgte Konzept der Nachverdichtung ist alleine keine adäquate Antwort auf die dramatische Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt“, sagte Josef. Nach den Forderungen für mehr städtische Investitionen für bezahlbaren Wohnraum und notwendige gesetzliche Änderung, sei für die Frankfurter SPD die Auswei-

sung eines neuen Stadtteils ein weiterer konsequenter Schritt in diesem Dreiklang. Der positive Bevölkerungszuwachs und die Wohnungsnot seien in den Griff zu kriegen. „Dieser nicht einfachen Debatte wollen wir uns als Frankfurter SPD im Sinne der Frankfurter lieber jetzt als später stellen, da wir mittelfristig nicht daran vorbei kommen werden,“ kommentierte Josef den Vorschlag der SPD-Fraktion.

EDITORIAL

Einer zu viel!

Liebe Leserinnen und Leser, trotz massiver Proteste aus der Bürgerschaft und natürlich der Opposition in der Stadtverordnetenversammlung hat die schwarz-grüne Koalitionsmehrheit in der letzten Sitzung des Stadtparlaments den 32-jährigen CDU-Politiker Jan Schneider zum Dezernenten gewählt. Er soll zum 1. November 2013 seinen Dienst und die Nachfolge für den ausscheidenden Stadtrat Volker Stein (FDP) antreten.



Noch ist unklar, welche Arbeitsbereiche er betreuen soll. Darüber entscheidet alleine der Oberbürgermeister, der wie die Opposition die Besetzung der Dezernentenstelle für entbehrlich, angesichts der knappen Kassen sogar für falsch hält. Aber aus Gründen der Koalitionsräson haben die Grünen der CDU geholfen, ein Personalproblem zu lösen, das erst durch den vorzeitigen Rücktritt von Oberbürgermeisterin Roth und der von der CDU nicht geplanten (und nicht vorstellbaren) Niederlage Boris Rheins bei der OB-Wahl entstanden ist. Musste Rhein doch jetzt mit einer Landtagskandidatur in dem Wahlkreis versorgt werden, den zuvor Jan Schneider vertrat.

Eine falsche Entscheidung hat also eine weitere falsche Entscheidung nach sich gezogen und kostet die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger nun Jahr für Jahr rund 500.000 Euro, in einer Zeit, in der allerorten die Eintrittspreise und den Vereinen drastisch die Mieten in Bürgerhäusern und Sportstätten erhöht werden. Natürlich regt sich dagegen Widerstand – berechtigterweise! Unter dem Titel „8 sind genug“ wurde ein Bürgerbegehren initiiert, das durch eine Änderung der Hauptsatzung erreichen will, auf den neunten Dezernentenposten im Magistrat zu verzichten. Die Frankfurter SPD unterstützt das Bürgerbegehren nachdrücklich. Und ich möchte auch Sie bitten: Unterschreiben Sie das Bürgerbegehren an einem der Stände in der Stadt und unterstützen sie den Kampf gegen diese Art der Selbstbedienungsmentalität. Das hat Frankfurt nicht verdient.

Ihr
Klaus Oesterling
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Römer



Wohnen und Gerechtigkeit

SPD-FRAKTION SUCHT LÖSUNGEN

Es fehlen derzeit 17.500 Wohnungen in Frankfurt, bis 2020 werden es circa 30.000 sein. „Das Thema Wohnen brennt“, fasste Oberbürgermeister Peter Feldmann die Wohnraumsituation in Frankfurt zusammen. Akademisch sei deshalb der Streit, ob es sich um eine Wohnungsnot oder um einen Wohnungsmangel handele. Die Gäste der Fachkonferenz „Wohnen und Gerechtigkeit“ im Haus am Dom sahen das wohl genauso.

Mit dem Vorschlag, ein neues Wohngebiet im Frankfurter Norden zu entwickeln, war die SPD im April vorgeprescht und hatte bei den meisten Fraktionen und in den betroffenen Ortsbeiräten negative Reaktionen ausgelöst. Dabei genügt ein Blick auf die Stadtkarte, um zu sehen, dass die Äcker zwischen Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach zu den wenigen freien Flächen in Frankfurt gehören, die noch dazu – anders als der Süden und Osten Frankfurts – kaum unter Fluglärm leiden.

Es gehe um die Alternative, ob man zukünftig mit noch mehr Pendlern, die Frankfurts Luft verpesten, leben wolle oder aber neue Wohngebiete für Frankfurts Arbeitnehmer schaffe, meinte Feldmann. Bisher handele es sich aber lediglich um einen Vorschlag, der in den nächsten Jahren gründlich diskutiert werden solle. Weitere Maßnahmen wären das gemeinsame Bauen mit Umland-Städten wie Friedberg und Offenbach so-

wie die Umwidmung von leerstehenden Bürogebäuden in Wohnraum.

Der Präsident des Deutschen Mieterbundes Franz-Georg Rips wies in seinem Impulsreferat „Wohnen muss bezahlbar sein“ darauf hin, dass der Mangel an Wohnraum ein Problem der Ballungsräume und der Uni-Städte sei. Es gebe in Deutschland aber auch viele ländliche Regionen und kleine Städte, wo man mit Schrumpfung und damit einhergehenden Wohnungsleerständen kämpfe. Da die Menschen aber dort leben müssten, wo Arbeitsplätze sind, verschärfe sich die Wohnungsnot in den Städten. „Es ist eine gefährliche Entwicklung für den sozialen Frieden, wenn geringer Verdienende und die Mittelschicht die Stadt verlassen müssen“, betonte Rips. Ein großes Problem seien die Mietsteigerungen bei Wiedervermietung. In Konstanz wird die Miete durchschnittlich um 44 Prozent nach einem Mieterwechsel erhöht, in Frankfurt sind es 30, in München 26

Prozent. Rips schlägt als Sofortmittel – gegebenenfalls als zeitlich begrenzte Maßnahme – eine Kappungsgrenze von 10 Prozent Erhöhung bei Neuvermietung vor.

Matthias Günther, Vorstand des Eduard Pestel Instituts, hielt anschließend einen engagierten Vortrag mit dem Titel „Gibt es eine neue Wohnungsnot?“. Die Entwicklung der Bevölkerungs- und Beschäftigungszuwächse sei nicht prognostizierbar, zeigte Günther anhand der Entwicklung von Braunschweig: Die Stadt erlebte nicht, wie über Jahre vorausgesagt, einen dramatischen Rückgang sondern einen hohen Bevölkerungszuwachs. In Frankfurt sei besonders auffällig, dass junge Familien nicht wie früher aus der Stadt zögen. Diese Entwicklung sei erst seit fünf bis sechs Jahren erkennbar.

Einen weiteren Grund für höheren Wohnraumbedarf sieht Günther in der Steigerung der Bedarfsfläche. Im Jahr 1950 hätten die Mieter durchschnitt-

lich 13 Quadratmeter benötigt, heute seien es circa 40. „Die Qualität des Wohnens wird sich für breite Schichten nicht halten lassen“, glaubt Günther. Schuld seien die sinkenden Reallohne und die Verdreifachung des Ölpreises. Es müssten sich Formen des gemeinschaftlichen Wohnens etablieren. „Wir können nicht alles energetisch sanieren“, meint Günther, „das ist nicht bezahlbar“. Schon jetzt würden die Wirkungen der energetischen Sanierung auf die Wohnkosten nur unzureichend beachtet.

Was also muss getan werden? Dieser Frage stellte sich eine von HR-Journalisten Torsten Harms moderierte Diskussionsrunde.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Münchner Stadtrat, Alexander Reissl, eröffnete die Diskussion mit dem so launigen wie wahren Satz, dass die Leute, die heute in den Großstädten über Gentrifizierung klagten, häufig selbst vor 25 Jahren die alleingesessenen Bewohner, meistens Ar-

beiter, vertrieben hätten. Einig waren sich die Diskutanten, dass es einen breiten Instrumentenkasten gegen den Wohnungsmangel geben müsse: unter anderem Zweckentfremdungsverbot, Erhaltungssatzungen, Maklerprovision nach dem Bestellerprinzip und eine Reform der Grundsteuer, die das Horten von Grundstücken verhindere. Von der neuen Bundesregierung erhoffe man, dass sie sich mehr für die Probleme der Kommunen interessiere, als es derzeit der Fall sei.

Die Konferenz schloss nach einer Diskussionsrunde zur Frage „Gibt es eine gerechte Wohnungspolitik?“ mit Gesine Kort-Weiher vom Deutschen Städtetag, Sören Bartol von der SPD-Bundestagsfraktion und Franz-Georg Rips, der nachdrücklich forderte, dass der Verkauf von Wohnungen im öffentlichen Eigentum keine Option zur Sanierung klammer städtischer Haushalte sein dürfe.

Carmen Treulieb

Wie blank ist die Stadt?

Frankfurt/bep. Sofern Sie über ein einigermaßen regelmäßiges Einkommen verfügen, ein Girokonto haben und nicht übermäßig verschuldet sind, hat Ihnen Ihre Bank sicher einen so genannten Dispo-Kredit eingeräumt. Sofern Sie auch einigermaßen vernünftig sind und mit Geld umgehen können, werden Sie diesen bestimmt nicht allzu oft in Anspruch nehmen. Und selbstverständlich können Sie Dispo-Kredite bereits vergangener Monate oder gar Jahre nicht nachträglich in Anspruch nehmen, sollten Sie, sagen wir mal, Ihren Dispo im November und Dezember letzten Jahres nicht gebraucht haben. Vorbei ist eben vorbei.

Ganz anders bei der Stadt Frankfurt. Mit jedem Haushaltsbeschluss legt die Stadtverordnetenversammlung die Höhe der so genannten Kreditermächtigungen für das Haushaltsjahr fest. Für das Jahr 2010 waren das zum Beispiel Ermächtigungen in Höhe von 443.270.000,00 Euro. So viel Schulden hätte die Stadt machen dürfen. Hat Sie aber nicht. So weit, so gut, werden Sie denken. Eigentlich

prima! Ja, eigentlich. Zwar hat die Stadt ihre Kreditermächtigung im Haushaltsjahr 2010 nicht ausgeschöpft, dafür aber zwei Jahre später.

Wie?, werden Sie fragen. Das kann ich doch auch nicht. Richtig, aber die Stadt kann, und tut dies in letzter Zeit sogar ausgiebig (siehe Grafik).

Von den 443,27 Mio. Euro Schulden, die die Stadt 2010 hätte machen dürfen, wurden 375 Mio. Euro (also rund 85 Prozent) erst 2012 aufgenommen und rückwirkend auf die Kreditermächtigungen des Jahres 2010 angerechnet. Wenn Ihnen das ungerecht (vielleicht) oder wenigstens intransparent (sicher!) vorkommt, dann teilt die SPD-Fraktion im Römer ihre Einschätzung und hat eine Anfrage an den Magistrat gestellt, die diese haushaltstechnische Undurchsichtigkeit etwas transparenter machen soll. Zu Ihrem Trost – oder Ihrem Frust – sei hinzugefügt: Es ist intransparent und wenig nachvollziehbar, aber rechtens. Gibt doch die entsprechende Regelung der Hessischen Gemeindeordnung den Kommunen die Möglichkeit, wenn die Haushaltssatzung für das laufende

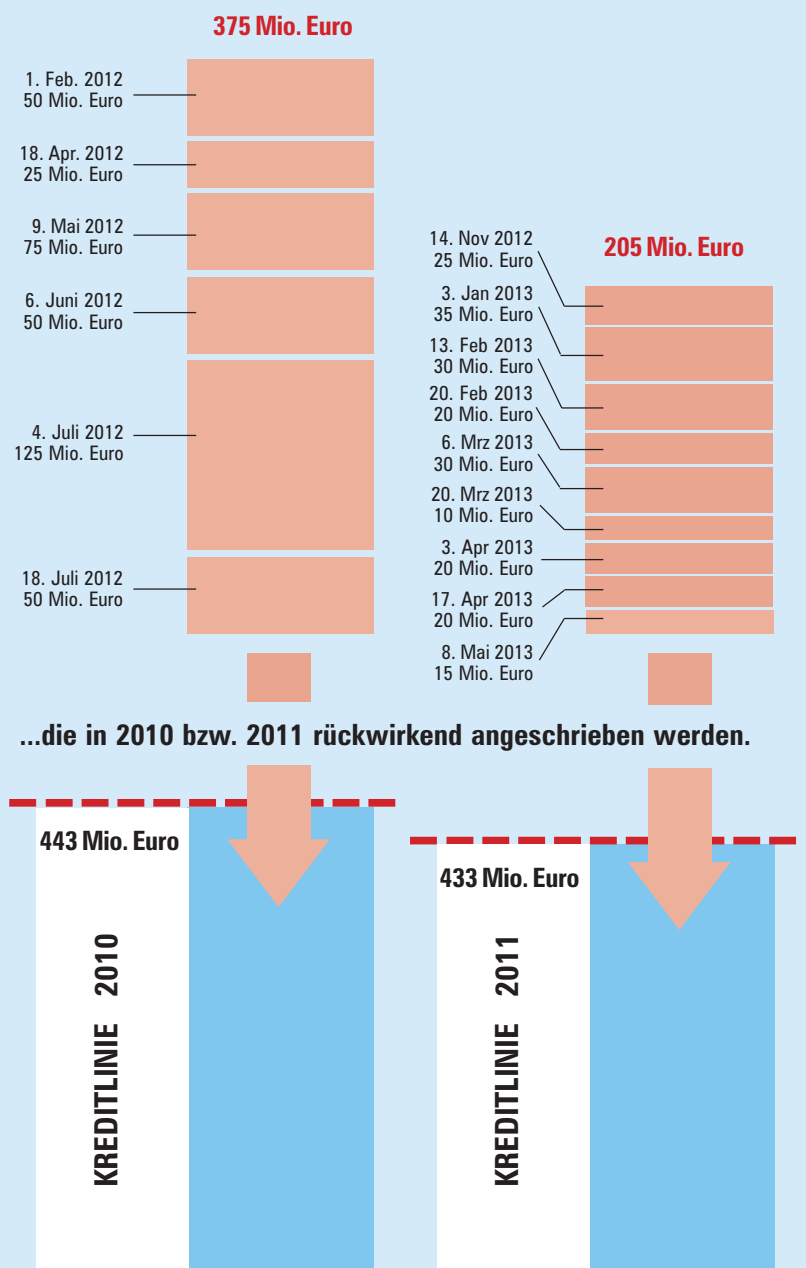
Jahr noch nicht bekannt gemacht ist, also durch die Kommunalaufsicht genehmigt und so veröffentlicht ist, auch die Kreditlinie des Vorjahres auszuschöpfen.

Oops, she did it again: Auch im Jahr 2013 hat die Stadt rückwirkend bereits wieder Kredite in Höhe von 205 Mio. Euro aufgenommen, die auf die Kreditermächtigungen des Jahres 2011 (rund 433 Mio. Euro zulässig) angerechnet wurden. Und das Jahr ist noch nicht mal zur Hälfte um.

Da muss man sich doch fragen, wie das mit der Darstellung der tatsächlichen Verschuldung Frankfurts aussieht, oder? Wie glaubhaft sind die Zahlen – gerade die zur Verschuldung –, die der Stadtkämmerer der Öffentlichkeit präsentiert, wenn man weiß, dass er, kaum hat er die Pressekonferenz durch die Seitentür verlassen, erneut einen Kredit aufnimmt, der dann dem Haushalt des Jahres 2011 rückwirkend schlecht geschrieben wird? Oder anders: Wie blank ist die Stadt wirklich? Interessiert das jemand? Uns schon.

Schuldenverschieben, ganz legal...

Schuldenaufnahme in 2012 bzw. in 2013,...



Was wird aus dem Klinikum Höchst?

Frankfurt/STM. Das städtische Klinikum Frankfurt Höchst ist das einzige städtische Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft. Die Zukunft des Klinikums ist ungewiss. Fast 1000 Betten hat die Klinik und über 2000 Menschen arbeiten im kommunalen Krankenhaus. Wie etwa die Hälfte aller Krankenhäuser leidet auch das Höchster Klinikum unter der schlechten Finanzierung des Krankenhausesektors und schreibt seit längerem rote Zahlen. Der Magistrat erhofft sich nun durch eine Fusion mit den Main-Taunus-Kliniken Synergien für das Klinikum.

Die Pläne für den schon lang geplanten Neubau in Höchst wurden durch die Fusionsprüfung gestoppt, völlig offen scheint, wie groß das Krankenhaus in Höchst künftig sein wird.

Für die SPD steht fest, die Kliniken müssen in kommunaler Trägerschaft bleiben, nur so kann die bestmögliche Versorgung für die Menschen vor Ort

gesichert werden. Ein privater Krankenhauskonzern will Gewinne erwirtschaften – ein öffentliches Krankenhaus muss „nur“ kostendeckend arbeiten.

Rendite im Krankenhausesektor wird zu Lasten der Patientinnen und Patienten erwirtschaftet. Dies geschieht durch Abstriche bei der medizinischen Versorgung und durch eine schlechtere Bezahlung des Personals. In Vergessenheit gerät schnell, dass die bestmögliche Versorgung der Menschen im Mittelpunkt stehen sollte.

Die SPD-Fraktion hat sich vorgenommen, den Kooperationsprozess der Kliniken kritisch, aber konstruktiv zu begleiten. Zur Zeit wird die Möglichkeit einer Fusion geprüft, die Stadt Frankfurt und der Main-Taunus-Kreis hatten im März eine Absichtserklärung unterzeichnet.

Für die SPD steht fest, die Kliniken müssen in kommunaler Trägerschaft bleiben, nur so kann die bestmögliche Versorgung für die Menschen vor Ort gesichert werden.



Theater ums Volkstheater

Die Stadt Frankfurt macht so manchen Groschen locker fürs Theater, ob Schauspiel, Oper, Freie Theater – doch beim Volkstheater soll gespart werden.



„Wo viel Schatten ist, ist auch viel Licht? Mer werd sehe...“

Frankfurt/STM. 2013 ist kein gutes Jahr für die Frankfurter Mundart. Das traditionelle Volkstheater Liesel Christ am Großen Hirschgraben hat Ende Mai geschlossen. Nicht unbeteiligt an der Schließung ist Kulturdezernent Felix Semmelroth (CDU). Das Volkstheater erhielt nicht die nötige Unterstützung und war gezwungen den Theaterbetrieb Ende Mai einzu-

stellen. Gleichzeitig entscheidet die schwarz-grüne Stadtregierung das geplante Theater am Paradieshof für die Fliegende Volksbühne von Michael Quast nicht zu bauen.

Der SPD im Römer gefällt dies nicht. „Frankfurt braucht auch künftig ein Volkstheater. Die Frankfurter Mundart muss einen festen Platz in unserer Stadt haben, das Genre

Volkstheater braucht eine feste Spielstätte“, sagt die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Dr. Renate Wolter-Brandecker.

In einem Antrag fordert die SPD die Entscheidung noch einmal zu überdenken. „Wir wollen an den Theaterplänen festhalten, die Absage an den Paradieshof ist nicht nur ein Affront gegen Michael Quast, es ist

auch ein schwerer Rückschlag für die Entwicklung von Sachsenhausen“, so die SPD-Fraktion. Planungsdezernent Cunitz (Grüne) dürfe die lange diskutierte städtebauliche Aufwertung des Stadtteils nicht aus den Augen verlieren.

Der Antrag der SPD zeigte schon Wirkung: Michael Quast und seine Fliegende Volksbühne sollen als Zwischenlösung im Cantate-Saal des

ehemaligen Volkstheaters spielen dürfen, und der Magistrat prüft nun, eine dauerhafte Spielstätte zu finden.

Ob CDU und Grüne es mit dem Frankfurter Volkstheater tatsächlich ernst meinen, wird die Zukunft zeigen. Die Freunde der Mundart sollten aber nicht zu optimistisch sein, hat sich Kulturdezernent Semmelroth bisher doch eher als Totengräber denn als Retter präsentiert.

Frankfurt ist bunt!



Aus den Frankfurter Stadtteilen

Schwimmsport in Frankfurt erhalten

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Römer, Eugen Emmerling, hat an Sportdezernent Markus Frank und die schwarz-grüne Koalition appelliert, alles zu tun, um den Schwimmsport in Frankfurt nicht noch weiter zu gefährden. Emmerling fordert eine deutlich moderatere Anhebung der Bahnmiets als vorgesehen, eine Übergangsregelung bis zu den Mitgliederversammlungen der Vereine im Frühjahr 2014 und schnellstmöglich einen runden Tisch der Stadt mit Schwimmvereinen, Schwimmgemeinschaft und Sportkreis Frankfurt zur Vermeidung der schlimmsten Folgen der Gebührenerhöhung.

Die SPD-Fraktion kritisiert vor allem, dass die außergewöhnlich drastische Erhöhung der Bahnmiets weder mit den Vereinen, noch mit dem Sportkreis im Vorfeld besprochen wurde. So hätten die Schwimmvereine keine Möglichkeit gehabt, sich in ihren Mitgliederversammlungen im Januar und Februar auf die teilweise existenzbedrohenden Gebührenerhöhungen einzustellen. Emmerling: „Eine Steigerung der Bahnmiets allein für die Schwimmgemeinschaft Frankfurt (SGF) auf das Vierfache, also von 20.000 auf 80.000 Euro, und das ohne Vorankündigung, gefährdet die Existenz des gesamten Schwimm-Leistungssports in Frankfurt.“ Insgesamt seien die Bahnmiets für Schwimmvereine und Schwimmgemeinschaft um 120.000 Euro angehoben und damit fast verdreifacht worden.

Man könne den Eindruck gewinnen, dass der Schwimmsport insgesamt in Frankfurt nicht die ihm zustehende Aufmerksamkeit und die nationalen und internationalen Spitzenleistungen der Frankfurter Leistungs-

schwimmer nicht die Anerkennung und den Respekt finden, die ihnen zukommen, kritisiert Eugen Emmerling.

Kürzungen beim Nahverkehr: Offenbarungseid für Schwarz-Grün

„Als Offenbarungseid für die schwarz-grüne Koalition“ und „Ende des Expansionskurses beim öffentlichen Nahverkehr“ hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Römer, Klaus Oesterling, die beabsichtigten Leistungskürzungen beim öffentlichen Nahverkehr bezeichnet. Noch vor kurzem habe die Koalition behauptet, der Busverkehr trage sich in Frankfurt wegen der erfolgreichen Ausschreibungspolitik der Koalition selbst und benötige keine Subventionen. Nun stelle sich heraus, dass das Defizit so groß sei, dass das Angebot gekürzt werden müsse. Die Kürzungen würden nach allen Erfahrungen zu Fahrgastrückgängen und damit weiteren Einnahmeverlusten führen. Bemerkenswert sei außerdem, dass das vom früheren Verkehrsdezernenten Lutz Sikorski groß gefeierte Konzept der Riedbergerschließung mit den Kürzungen bei der U9 nun zurückgenommen werde. Oesterling kritisierte weiter das vom Verkehrsdezernenten Stefan Majer betriebene Beteiligungsverfahren zur Aufstellung eines neuen Nahverkehrsplanes. „Nach dem Vorbild der Campus-Planung dürfen die Interessenverbände Wunschliten aufstellen. Dabei verschweigt der Dezernent aber, dass für zusätzliche Wünsche gar kein Geld vorhanden ist und eher mit Kürzungen zu rechnen ist.“ Überdies müsse nun endlich die unwirtschaftliche Doppelstruktur von traffiq und VGF überprüft werden, mit dem Ziel, beide Unternehmen wieder zusammenzuführen.

Wir verlosen:

5 x 2 Eintrittskarten für den Frankfurter Zoo

Bitte beantworten Sie folgende Frage:

Wie hieß die Gründerin des traditionellen Frankfurter Volkstheaters im Großen Hirschgraben?

- Lia Wöhr (A)
 Liesel Christ (B)
 Petra Roth (C)

Ihre Antwort schicken Sie schriftlich an:

SPD-Fraktion im Römer, Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt oder per Fax an: 069/287708 oder per E-Mail mit dem Stichwort „Volkstheater“ und dem richtigen Lösungsbuchstaben an: info@spd-fraktion.frankfurt.de

Einsendeschluss ist der 20. Juli 2013. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Vorname

Name

Straße

PLZ

Ort

E-Mail-Adresse



Frankfurt MODERN



IMPRESSUM

Redaktion: Henning Beppler (bep), Gabi Faust-Becker (GF), Jetta Lüdecke (Lü), Stefan Mank (STM), Hans Preißl (HP), Klaus Oesterling (Oe)

V.i.S.d.P.: Henning Beppler, SPD-Fraktion im Römer, Bethmannstraße 3, 60311 Frankfurt, Tel. 069/281541, Fax 069/287708, E-Mail info@spd-fraktion.frankfurt.de

Gesamtherstellung: com.plot-mainz.de
 Auflage: 150.000
 An alle Haushalte mit Tagespost